

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

142 (23.6.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasseler monatl. 1.80 M., vierteljährl. 5.00 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1.40 M., vierteljährl. 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bezw. 4.32 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/21 und 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 431

Anzeigen: Die Typsetzerei od. deren Raum 25 3, zusätzl. 30 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/29 vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Göt. & Cie., Karlsruhe.

Der Friedensvertrag angenommen.

WEIMAR, 22. Juni. In der Nationalversammlung wurde der Antrag Schulz-Gräber: Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags einverstanden, in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Ministerpräsident Bauer erklärte, wird die Regierung die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form geben:

Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227-230 zu übernehmen.

(Diese Artikel betreffen die Aburteilung des früheren Kaisers und die Auslieferung anderer deutscher Persönlichkeiten.)

Ein Vertrauensvotum für die Regierung wurde mit 236 gegen 89 Stimmen bei 68 Stimmenthaltungen angenommen.

Mit einer Stimmenmehrheit, die über Erwarten groß ist, hat die deutsche Nationalversammlung in die Unterzeichnung des Friedensvertrags eingewilligt. Daraus soll die Entente und die Weltöffentlichkeit nur keinen falschen Schluß ziehen. Es soll niemand von uns Zeitgenossen und niemand nach uns aus der Tatsache, daß zuerst wenige und dann ihrer mehr und mehr die Verjailter Bedingungen anerkannt haben, die fiktive Unterzeichnung dieses ungeheuerlichen Schriftstückes erschließen wollen. Weiblos und ermattet werden wir dem Vorwange der Gewalt, die die Entente mühelos anwenden kann. Mehr bedeutet die Zustimmung der Nationalversammlung nicht.

Die ursprüngliche Absicht des Zentrums und der Demokraten, es doch noch auf einen Versuch zur Abänderung des Vertrages in gewissen Punkten ankommen zu lassen, ist zu allererst so gut wie ausgeblieben. Sehr reich ist das gewesen. Es war wirklich nicht das Wichtigste, gerade in den beanstandeten Bedingungen eine Milderung oder Annullierung durchzuführen und es war auch nicht das Annehmlichste, was aus dem Vertrage zu entfernen war. Und wer will eine Garantie dafür bieten, daß die Entente nach ihrer ausdrücklichen Erklärung, das letzte Wort der Verhandlung gesprochen zu haben, nicht gleich mit der Brutalität einer neuen Kriegseröffnung erwidert hätte?

Ganz ohne Wenn und Aber erfolgt die Einwilligung zur Unterzeichnung jedoch nicht. Die Regierung legt zunächst Wert auf die ausdrückliche Versicherung, mit ihrer Unterzeichnung kein Bekenntnis der Schuld am Ausbruch des Krieges abzugeben zu haben. Das ist ein gefährliches Unternehmen, denn damit wird ein rein theoretisches Moment angegriffen. Die Entente hat von uns eine Selbstbeschuldigung von dieser Art gar nicht verlangt. Sie hat, nicht in ihren Friedensbedingungen, sondern in der Mantelnote, die Schuld Deutschlands als feststehende Voraussetzung in den Text eingeschmuggelt. Diese Mantelnote hat keinen verpflichtenden Charakter. Sie war den eigentlichen Bedingungen nur beigegeben, um die Härte der Ausbeutungsforderungen als moralische Strafe zu rechtfertigen. Aber eben davon hat die Regierung ganz recht zu einem Protest gegen die einseitige Schuldabwälzung auf Deutschland. Besonders wenn mit diesem Protest gelagt werden soll, daß amtliche Protokolle von Friedensverhandlungen keine Verweigerung für Schuld oder Nichtschuld eines Staates an Kriegen sind.

Das zweite Aber verweigert die Aburteilung des Kaisers und anderer deutscher Persönlichkeiten von einem Gericht der Entente. Das ist schon nicht mehr so unbedenklich. Das gehörte zu den Forderungen der Entente und man kann sich Gedanken von eigener Art machen, daß die deutsche Regierung sich so sehr sträubt, hierin nachzugeben. Was ist der Kaiser? Gefährlich. Was sind uns die andern Angeklagten? Wir kennen ihre Taten und Untaten nicht samt und sonders. Jedenfalls sind da einzelne Säulenheilige darunter, die wir während des Krieges un nachher hundertmal zum Teufel gerufen haben, und wenn sie ein internationales Gericht dahin expediert, so wird das nicht unsere bekümmendste Sorge sein. Wie aber? Wir willigen darin, ertragbringendes Land von weiter, weiter Ausdehnung zu verlieren, wir geben einen großen Teil unseres Nationalvermögens her, wir verzichten auf tausend Dinge und Millionen Menschen von hohem Wert, und jene merkwürdigen Tempelhüter des alten Systems sollen uns so wichtig sein, daß wir ihre Verantwortung an die Entente abgeben? Eine rein westeuropäische oder amerikanische Denkweise wird den Verdacht gar nicht abwehren können, daß uns jenen Persönlichkeiten weiß Gott was sagt und sie wird unsere politische Modernisierung sehr gehässig kommentieren können. Daran und überhaupt an dem Urteil der Welt muß uns aber mehr gelegen sein als an sämtlichen

Sobenzollern plus der angeklagten Kriegsdiplomatie und Kriegsgeneralfität. Uebrigens braucht man nicht allzu große Sorge vor der Anstrengung eines wirklichen Prozeßverfahrens zu haben. Die bewußten 123 sind im Ausland, oder sie werden sich schon noch rechtzeitig dahin flüchten. Und das wird der Ententeobergewalt ganz recht sein. Sie muß ihrer rachsüchtigen und sensationslüsternen Bevölkerung ja nur den guten Willen zur Strafverfolgung zeigen. In die Einleitung eines Prozesses werden sich die Machthaber kaum heranzutrauen, den dabei könnten Dinge zutage treten, die auf das Engstegefehr der heiligen Entente-Grausritterlichkeit ein paar gehörige Tintenflexe spritzen. Bemüht wird die Verpflichtung zur Auslieferung der Angeklagten doch verlangt werden. Dann hätten wir uns noch zum Schluß eine Plamage geholt, die sämtliche 123 nicht wert waren.

Das Tor des Friedens ist aufgetan. Wir schreiten hindurch, aus tausend Wunden blutend und immer noch gequält von einer Welt. Aber es geht doch etwas Befreiendes von dieser Nachtzeit aus: die Nationalversammlung hat den aufgelegten Frieden angenommen. Uns ist zumute, wie einem Menschen, der sich ohne Bekleidungsstücke einer qualvollen Operation unterwerfen mußte. Nur einen Gedanken, einen Wunsch vermag er dabei nur noch aufzubringen: wenn es doch ein Ende hätte, welches ist gleich. Das Martyrium des Krieges hat ein Ende. Das Martyrium des Friedens wird auch kein leichtes sein, aber werden wir daran nicht.

Das Kabinett zur Unterzeichnung des Friedens.

WEIMAR, 21. Juni. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsministerpräsidenten Bauer mit dem Kabinett zur Unterzeichnung beauftragt. Dieser ist dabei, ein Kabinett aus Sozialisten und Angehörigen des Zentrums zusammenzusetzen.

Das Kabinett Bauer.

Weimar, 21. Juni. Das neue Reichsministerium setzt sich wie folgt zusammen:
Präsident des Reichsministeriums: Bauer.
Reichsminister des Auswärtigen: Hermann Müller.
Inneres: Dr. David.
Vertreter des Reichsminister-Präsidenten und Reichsminister der Finanzen: Erzberger.
Reichswirtschaftsamt: Wiffel.
Reichsarbeitsminister: Schlicke.
Reichsjustizminister: Mayer-Kaufmann.
Reichspostminister: Giesberts.
Reichsverkehrsminister und weiter beauftragt mit der Führung des Reichsfernverkehrs: Bell.
Reichswirtschaftsminister: Röske.
Reichsernährungsminister: Schmidt.
Reichsjustizminister bleibt offen.
Unter den Ministern befindet sich ein Bayer und ein Württemberger.

Die Sitzung der Nationalversammlung.

WEIMAR, 22. Juni.
Das Haus ist stark besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung kurz nach 12 1/2 Uhr Tagesordnung:

Entgegennahme einer Erklärung der deutschen Reichsregierung.

Reichsministerpräsident Bauer widmet den ausstehenden Mitgliedern der Regierung Worte warmen Dankes für ihre hingebende und verantwortungsvolle Tätigkeit, ebenso der Friedensdelegation (Weißall links). Der Glücklich des alten Kabinetts erfolgte, weil sich die Ansichten über den Friedensentwurf gegenüberstanden, aber nicht getrennt nach Parteien, sondern getrennt nach dem Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen Ministers. Unendlich schwer war für uns alle der Entschluß, der neuen Regierung beizutreten, deren erste und letzte Aufgabe es sein muß, den Unrechten Frieden abzuschließen. Wir stehen nicht aus Parteierwägungen an dieser Stelle, wir stehen hier aus Pflichtgefühl, aus dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten, was zu retten ist. Die Mittelnahme der Demokraten bedauern wir außerordentlich. Das Programm des neuen Kabinetts wird dasjenige bleiben, das der Regierung Scheidemann zu Grunde gelegen hat. Wenn ich bei der Übernahme meines schweren Amtes, eine Bitte aussprechen darf, so ist es die: Lassen Sie die Frage, Annahme oder Ablehnung, nicht zur Parteifrage werden, glauben Sie auf der einen Seite nicht, daß die Befürworter der Ablehnung völkerverfremde Chauvinisten oder Interessengruppen seien, glauben Sie aber auch nicht, daß sich diejenigen, die sich nachgeben und unter Selbstüberwindung zur Annahme durchgerungen haben, feige oder schwach seien und kein Gefühl für nationale Rechtsbewußtheit haben. Die Zeit der Erwägungen und Abwägungen ist vorüber. Die Stunde des Handelns ist gekommen und damit die Stunde der Verantwortlichkeit. An dieser Verantwortung trägt jeder von Ihnen seinen Teil. In einem sind wir alle einig, in der schärfsten Beurteilung des uns vorgelegten Friedensvertrages, zu dem wir

unter unerhörtem Zwang unsere Unterschrift geben sollen. Am Montag abend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja gegeben wird. Es soll der Vormarsch beginnen, zu dem feindliche Waffentruppen bereit stehen, gegen ein wehrloses und waffenloses Volk. In dieser Stunde auf Leben und Tod, unter dem drohenden Einmarsch erbebe ich zum letztenmal in einem freien Deutschland Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und der Vernichtung, Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts, gegen diese Vernechtung des deutschen Volkes, gegen diese neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines Friedensvertrages. Keine Unterschrift entkräftet diesen Protest, den wir für alle Zukunft erheben und beschwören (Weißall). Die Regierung hat davon abgesehen, aus der fast unübersehbaren Menge mehr oder minder unerträglichen Bedingungen die eine oder andere abzuhandeln. Die Regierung muß dem Bedingung tragen, daß sie das Volk innerhalb 48 Stunden vor einen neuen Krieg stellen kann, denn die Ablehnung wäre keine Abwendung des Vertrages, ein Nein wäre nur eine kurzzeitige Aufschubung des Ja. Wohl gibt der Vertrag selbst eine Handhabe, die wir uns nicht entziehen lassen können, die feierliche Zusage der Entente in ihrem Memorandum vom 16. Juni, daß die Revision des Vertrages von Zeit zu Zeit eintreten, und er den neu eintretenden Verhältnissen angepaßt werden kann.

Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß in Würdigung aller dieser Umstände und mit Vorbehalt der Ratifikation der Nationalversammlung die Regierung sich entschlossen hat, den Friedensvertrag zu unterzeichnen zu lassen. Wenn sie jedoch unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht in dem Entschlusse, dem unglücklich leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerstückung der nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und die unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen. Die Regierung verpflichtet sich, will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit rückhaltloser Klarheit äußern, um jedem Vorwurf einer Untreue gegenüber dem Vornherein entgegenzutreten: Die aufgelegten Bedingungen überfordern das Volk dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann, und wir lehnen jede Verantwortung ab, wenn die Unerschütterlichkeit auch bei schärfster Anspannung des deutschen Leistungsbemügens in Erscheinung treten muß. Wir erklären ferner, daß für den Artikel des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen können, ebenso wenig die Artikel, in denen Deutschland zugemutet wird, Angehörige des deutschen Volkes zur Aburteilung auszuliefern. Daher werden wir die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form geben: Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen.

Ich bin am Ende. Wir stehen vor Arbeitsjahren für fremde Rechnung wie nie ein Volk vor uns. Nur dank unserer Vertragstreue bis zur Grenze unseres Vermögens, nur aus aller Entschlossenheit zum Zusammenbleiben in der deutschen Schicksalsgemeinschaft, nur aus dem Willen zur Arbeit in allen Schichten, nur mit Disziplin, so schlimm das Wort heute auch klingen mag, und Pflichtbewußtsein kann aus dieser Stunde noch eine Zukunft für uns erwachsen. Es gibt kein Wundermittel und keine Märchen für die Gesundung eines Volkes. Selbst die Weltrevolution kann der Krankheit nicht helfen, an der wir hinfieken, nur der Revolution unseres sittlichen Bewußtseins wird und muß es gelingen, aus Nacht und Finsternis zu einer besseren Zukunft empor zu steigen. (Weißall)

Präsident Fehrenbach:

Es sind zwei Anträge eingelaufen. Der erste Antrag Schulz (Soz.), Gräber (Ztr.) lautet: Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus. Der zweite Antrag lautet: Die Nationalversammlung billigt das Verhalten der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Hg. Löbe (Soz.):

Wie auch die Nationalversammlung entscheidet, nicht nur unseren Kindern, sondern auch unseren Kindeskindern wird ein bitteres Schicksal beschieden sein. Materieell verarmt, moralisch niedergedrückt geht das deutsche Volk durch die Tore des Friedensvertrages in die dunkelste Zukunft voller Sorgen und Leiden, furchtbare Gewissensqualen müssen die haben, die diesen Krieg verschuldeten. Wenn wir für die Unterzeichnung sind, so tun wir es nur deswegen, weil wir noch furchtbarer sehen, falls er abgelehnt werden sollte. Nach sorgfältiger Prüfung aller Folgen haben wir uns doch entschlossen, daß dieses Friedensinstrument hinzunehmen sei. Kapitalismus und Imperialismus haben diesen Krieg hervorgerufen. Wir sind überzeugt, daß auch unsere Feinde zu dem Ergebnis gelangen werden, daß diese Friedensbedingungen nicht zur Tat werden können. Wir verlangen von der Regierung, daß sie mit der frühesten Unbeschäftigkeit im Verlehr der Völker ein Ende macht. Die Absicht einer offenen oder versteckten Nichtbeachtung der Friedensbedingungen darf niemals aufkommen. Im Gegenjag zu allen Grundfragen des Rechtes bestehen die feindlichen Staatsmänner auf der Unterzeichnung dieses in gewissen Teilen undurchführbaren Friedensvertrages. Gabe es ein Mittel, diese Bedingungen von uns fernzuhalten, keiner von uns würde zögern, von ihm Gebrauch zu machen. Es gibt aber keine Möglichkeit. Wenn wir also die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereits alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenzen des Möglichen durchzuführen. Was unmöglich ist, muß in friedlicher Behandlung durch verständiges Entgegenkommen beseitigt werden. Bei aller Treue zur Internationalität stehen wir treu zu unserem Volke und sind bereit, für unser Volk einzustehen und ihm alle Opfer zu bringen. Wir treten ein für Großdeutschland. In dieser schweren Stunde verlangen wir für eine bessere Zeit die Vereinigung mit unseren durch noch härtere Friedensbedingungen niedergedrückten Brüdern und Schwestern

Sozialdemokratische Frauenkonferenz.

Weimar, den 15. Juni 1919.

Am Anschließ an den Parteitag wurde in Weimar eine Konferenz von den sozialdemokratischen Frauen abgehalten, an der die weiblichen Parteimitglieder, die Frauen in der Ratikonalversammlung und besonders gewählte Vertreterinnen teilnahmen. Genossin Marie Juchacz eröffnete die Konferenz, in der sie auf die volle politische Gleichberechtigung hinwies, die die deutschen Frauen errungen haben und sie begrüßte dann insbesondere die Genossin Ottilie Baader und gedachte ehrend der großen Verdienste, die sich Frau Baader um die deutsche Frauenbewegung erworben hat. (Beifall.) Genossin Baader wurde zur Ehrenvorsitzenden der Konferenz gewählt, die Genossinnen Juchacz und Rineck zu Vorsitzenden ernannt.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Aufgaben der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Hierzu hielt Genossin Juchacz ein längeres Referat, in dem sie auf das zahlenmäßige Wachstum der weiblichen Parteimitglieder verwies. Der Krieg hat den Frauen die Augen geöffnet, auf einem großen Teil sind sie politisch noch völlig ungeklärt, jedoch auch das bestehende Bedürfnis nach geistigen Nahrungsmitteln nicht bedient worden konnte. Kurz vor der Revolution setzte ein verärrter Kampf um das politische Stimmrecht ein, der Seite an Seite mit bürgerlichen Frauenvereinen geführt wurde. Heute haben wir das nicht mehr nötig und freuen uns dessen, denn das Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauen gefürchtet nicht gerade zu den Annehmlichkeiten. Vernehmlich war diese Arbeit aber nicht. Das gilt auch von unserer Tätigkeit auf sozialem Gebiete. Es ist durchaus möglich, daß wir auch in Zukunft wieder einmal mit der bürgerlichen Frauenbewegung zusammenarbeiten müssen. Frau Juchacz schloß nun in großen Umrissen die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um die sozialdemokratische Frauenbewegung zu fördern. Anstellung von Sekretarinnen, Einrichtung von Nebenräumen, geeignetes Agitationsmaterial, besondere Frauenversammlungen, Frauenabend und Frauenleseabend, Wohlfahrtsvereine und anderes mehr. Die Revolution hat die Frauen hineingeführt in den Parlamentarismus und der Frauenbewegung damit wertvolle Kräfte entzogen. Um so notwendiger ist die Mitarbeit aller Genossinnen im Lande, die nun die Aufgabe haben, die parlamentarische Arbeit durch Anregung und Anträge zu befördern. Die Reichsmodezeitung muß schlenkig kommen, ebenso die Herausgabe der Stimmzettel auf das 14. Lebensjahr, ein verärrter Jugendklub und eine soziale Ausgestaltung der ganzen Jugendgeheimnisse. Auch für die Frauen wäre die politische Demokratie nicht ausreichend, die wirtschaftliche Demokratie, der Sozialismus muß hinzukommen. Das eine Ziel ist erreicht, das andere muß in zäher Arbeit erkämpft werden. (Beifall.)

Genossin Bohn-Schudt ergänzte als zweite Rednerin diese Ausführungen durch Mitteilung ihrer Erfahrungen als Nebenleiterin der „Gleichheit“. Sie forderte, daß alle sozialistischen Kräfte der Frauenbewegung einen Teil ihres Fleißes erkrümen müßten, damit die Frauen sehen, daß die Zeitung ihnen auch etwas bringt. Auch die Erziehungsfragen und andere Gebiete, die für Frauen von besonderem Interesse sind, müssen von der Presse ausführlicher behandelt werden.

Zweiter Verhandlungstag

Weimar, den 16. Juni 1919.

Am zweiten Verhandlungstag ergänzte Genossin Bohn-Schudt ihre Rede vom Sonntag durch einige Mitteilungen über die geplanten Erweiterungen der „Gleichheit“. Die „Gleichheit“ soll in Zukunft insbesondere erscheinen und wird vom 1. Juli ab eine Beilage „Die Frau und ihr Haus“ erhalten. Diese Beilage soll ein Ratgeber für die Frauen sein und praktische Anleitung für die Selbstherstellung der Bekleidung bringen. Sie wird von den bisherigen Abteilungen erheblich abweichen und daher vielleicht nicht gleich wohlgefallen finden. Die Modelle werden als Strichzeichnungen erscheinen, ein bisher ungewohntes Verfahren, das aber den Frauen die praktische Möglichkeit zur Selbstherstellung von Kleiderstoffen bietet. Die Schritte können dann durch den Verlag bezogen werden. Die Modelle werden der herrschenden Mode nicht unbedingt folgen, sondern in erster Linie gesundheitliche Rücksichten und Rücksichten der natürlichen Schönheit nehmen. Die arbeitende Frau soll in der Lage sein, sich und ihre Kinder billig und schön zu kleiden. Ferner wird die Beilage Mitteilungen für die Gleichrichtung der Haushaltsführung enthalten. Dafür muß der Abonnementspreis auf 1,20 M. erhöht werden für den Monat. Die Frauen aber, die früher neben der „Gleichheit“ noch eine Modezeitung gehalten haben, werden sich künftig besser stellen als jetzt. Das Juwelenabonnemnt freilich wird nicht mehr möglich sein, was nicht einmal unerwünscht ist, denn einem Mann, das man umsonst erhält, wendet man nicht die Aufmerksamkeit zu, die man sich selbst bezahlt. Noch einige Bemerkungen über die Wirtschaftspolitik. Der Schleichhandel nimmt immer mehr zu. Die Landleute üben vielfach passive Widerstand. Die Arbeiterfamilien liegen oft tagelang auf der Waise, um wenige Kartoffeln heranzujucken. Der Hilt nur Beschlagnahme oder Enteignung. Die Hauptschuld aber trägt die Entente. Das darf niemals vergessen werden. Ohne die Wiedgabe hätten wir nicht diesen Mangel, der doch erst die Grundlage für den Schleichhandel bietet. Daran müssen wir denken, wenn wir uns die Frage vorlegen, können wir einen solchen Frieden annehmen? Wir dürfen die Frage nicht so stellen, daß durch eine Nichtunterzeichnung die geringen Einfuhren an Mehl und Fett ein Ende nehmen müßten. Wir müssen vielmehr daran denken, daß solche Friedensbedingungen den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen. (Beifällige Zustimmung.) Die Frage muß lauten: wollen wir etwas mehr Fett oder einen neuen Krieg? Die Antwort darauf kann nicht schwer sein. Wenn wir schon zugrunde gehen sollen, dann wollen wir uns die Schlinge nicht selber um den Hals legen. Sondern dann mag der Feind uns vor den Augen der ganzen Welt niederlagern. In dieser Woche entscheidet sich unser Geschick. Wir wollen nicht verzagen, sondern den Kampf unermüdet weiterführen. Und der Sozialismus wird den Sieg davontragen. (Beifälliger Beifall.)

Genossin Kähler: Die Parteispaltung hat auch in der Frauenagitation zu höchst unerwünschten Zuständen geführt. Die Frauen haben immer mehr auf dem linken Flügel der Partei gestanden und deshalb folgen sie auch heute lieber den Unabhängigen als uns. Diese Tatsache hat auch bei den Wahlen lähmend gewirkt. Wir müssen mit aller Kraft auf die Ausfüllung der Lücken hinstreben. Die „Gleichheit“ muß wieder die frühere Lesernummer erhalten. Es nicht, daß die Referate nur Berliner Genossinnen übertragen werden. Genossin Hiltler-Stuttgart: Wir in Süddeutschland verhalten uns anders. Warum übergeht man uns ganz? Will man etwa die süddeutschen Genossinnen brüskieren? (Anrufe.) Darunter muß besser agitiert, wir wären durch die Bekleidung des Wahlrechts ist der Verlust so vieler Mandate zuzuführen. Jetzt muß das nicht so überlassen werden. Nur dieser unglücklichen Nebenwirkung durch die Einführung des Frauenstimmrechts die Reaktion gestärkt werden. Eindringlichste Aufforderung der Frauen muß unsere vornehmste Aufgabe sein.

Genossin Helene Grüneberg: Die Frauenagitation muß auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden. Wäher gingen wir zur Erringung des Wahlrechts mit den bürgerlichen Frauen zusammen. Das ist nun nicht mehr nötig. Es stimmt übrigens nicht, daß uns das Wahlrecht sojuzigen in den Schoß gefallen ist. Unser harter Kampf darum darf nicht vergessen werden. Eine ganz gleichmäßige Befehung der Ämter mit Frauen ist noch nicht möglich, denn entscheidend soll immer die Frau sein, nicht aber das

Geschlecht sein. Die frühere Bezugsgüter der „Gleichheit“ muß wieder erreicht werden.

Genossin Hiltler: Die Politik muß mit weiblichen Persönlichkeiten durchdringt werden. In solchen Persönlichkeiten fest es uns noch. Da ist uns die bürgerliche Frauenbewegung voraus. Wir müssen auch zu die Aufgaben denken, die uns nach Durchführung des Reichstages in der Form eingehend erwachsen werden. Darüber muß uns die „Gleichheit“ ganz besonders eingehend unterrichten.

Genossin Plume-Essen: Die sozialen Einrichtungen, die infolge des Krieges eingeschleift sind, müssen baldmöglichst wieder aufrechterhalten, so die Bildungsabende und die Ferienausflüge für unsere Kinder.

Genossin Küllert: Das größte Gemmis unseres Wirkens ist nicht die mangelnde Anerkennung der Frauen durch die Genossen, sondern die mangelnde Anerkennung der Genossinnen untereinander. Die Frauen müssen den Erbgang von Selbstbewußtsein bekommen, der für die Menschwürde notwendig ist. Wir müssen die Menschwürde in uns selbst pflegen, damit wir uns gegenseitig anerkennen und uns gegenseitig die Arbeit erleichtern. Wir freuen uns, daß wieder eine Frau die Leitung der „Gleichheit“ übernommen hat.

Genossin Wlos-Stuttgart: In die Kultusministerien müssen viel mehr Frauen hinein. Wir verlangen ein Reichsjugendministerium, das die gesamten Fragen der Kindererziehung zu behandeln hat. Frauenhochschulen müssen die Lücken ergänzen, die die Volkshochschule läßt. Die Tageszeitungen müssen viel mehr Raum für Frauenfragen haben. Man hat die Ueberhebung erwählt. Je mehr der Mensch gelernt hat, desto bescheidener wird er. Die geistige Not ist oft unendlich viel größer als die materielle Not. Wir brauchen alle Kräfte. Als Frau hat sich einst zurückgezogen, weil sie immer gegen das Vorurteil kämpfen mußte, das gegen die Generalabstimmung und die Frau mit einem andern Bildungsgange bestand. So etwas darf nicht wieder vorkommen. (Zustimmung.)

Genossin Kähler: Im politischen und gesellschaftlichen Leben wird die Frau zurückgedrängt. Wie früher in der Fabrik, so wird heute im öffentlichen Leben die Frau als die Konkurrentin des Mannes betrachtet. Wir müssen aber versuchen, uns überall durchzusetzen. Ungehobene Aufgaben stehen uns bevor. Der erhöhte Abonnementspreis für die „Gleichheit“ wird ihre Verbreitung in den ländlichen Gegenden sehr erschweren.

In der weiteren Aussprache wird wiederholt auf die Notwendigkeit verwiesen, die gegenwärtige Einrichtung der Ferienausflüge fortzuführen und auszuweiten, den Schleichhandel mit allen Mitteln zu bekämpfen und den Kampf gegen das Zentrum in verstärktem Maße zu führen.

In ihrem Schlußwort hebt Genossin Bohn-Schudt die Wichtigkeit, aber auch die Schwierigkeit einer verstärkten Arbeit unter den Randarbeiterinnen hervor und macht Vorschläge zu deren zweckmäßiger Durchführung.

Genossin Juchacz mehr e sich gegen die Angriffe der Genossin Hiltler und reaktiviert die Auffassung der Tagesordnung und die Auswahl der Rednerinnen mit rein sachlichen Gesichtspunkten. Dem Kampf mit den Unabhängigen dürfen gerade die Frauen nicht aus dem Wege gehen und müssen ihn mutig aufnehmen. Der starke Zustrom von Frauen aus der sogenannten Mittelklasse ist gewiß zu begrüßen, denn er führt der Bewegung wertvolle Kräfte zu. Aber die neuen Anhängern dürfen sich nicht als geistige Wohlthäter fühlen, wodurch die Arbeiterin leicht verletzt wird, so daß eine Spannung eintritt, die das Zusammenarbeiten erschwert. Alle sind willkommen, die sich uns anschließen, aber niemand darf sich erheben fühlen. Wir müssen uns gegenseitig verstehen lernen und alle ohne jeden Vorbehalt an der Sache dienen. (Beifall.)

(Schluß folgt.)

Baden.

Aussprachungen und Wänderungen in Mannheim.

Mannheim 21. Juni. Schwere Aussprachungen sind heute hier vorgekommen. Angehüllt am Lebensmittelpreis herabzubringen, wurden Kolonialwarenläden und Konfektionsgeschäfte gesperrt und in Privalhäusern Exzessionen verübt. Ein Versuch, in die Kaserne des Freiwilligen Bataillons einzudringen, wurde durch die Soldaten mit Handgranaten abgewehrt. Dadurch sind etwa 20 Personen, meist Neuzugige, zum Teil schwer verletzt worden. Bis gegen Abend waren etwa 200 Personen verhaftet worden, deren Befreiung die Menge verurteilte. Sämtliche Theatervorstellungen, Konzerte und Kinovorstellungen wurden abgelehnt. Die Wirtschaften müssen sämtliche von 9 Uhr abends an geschlossen gehalten werden. — Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben sofort ihre Vertrauensmänner einberufen zur Errichtung eines Sicherheitsdienstes.

Hierzu schreibt man uns noch: Die Berichte der bürgerlichen Presse, wie sie am Samstag zur Ausgabe gelangten, sind zum Teil stark irreführend. Die Soldaten haben keine Handgranaten geworfen; sie wollten Schreckhülle abgeben, wurden aber von der schreienden Menge im dichten Schloßhof derart bedrängt, daß sie von ihrer Schutzweste Gebrauch machten. Leider gab es Tote; man zählt 11, verletzt sind 54 Personen.

Die Kommunisten leugnen nun den Zusammenhang zwischen ihrer wühlerischen Tätigkeit und den Lebensmittelpreisverhöhnungen. Auch in Karlsruhe verbreiteten sie am Samstag ein kleines Flugblatt, in welchem sie jegliche Mitarbeit an den Wänderungen in Mannheim ablehnten. Sie behaupten sogar die Regierung, solche Wänderungen zu provozieren und zu fördern, „damit Arbeiterblut fließt“. Zu solch wahnwitziger Hege wird gegriffen.

Am heutigen Montag soll der Generalkrieg in Mannheim proklamiert werden. Man will in den Fabriken und Werkstätten passive Widerstand üben und den Grundtag wahr machen: Kein Rad darf laufen! Ferner sollen Protestaktionen arrangiert und natürlich die lebenden Leidenshaften noch weiter aufgeweckt werden. Alles im Namen der kommunistischen Freiheit, die nur das politische und wirtschaftliche Heil bringen soll!

Werden dann Gegenmaßnahmen vorbereitet, sucht die Regierung die Ordnung aufrechtzuerhalten, dann: Wehe diesen „Muscheln!“ Sollten wirklich heute Truppen in Mannheim einrücken, dann hat man dies den Kommunisten und ihren Anhängern unter den U.S.P.-Leuten zu danken. Ihre Tätigkeit erfolgt 24 Stunden vor Unterzeichnung des Friedens, der uns endlich bessere Zustände bringen könnte. Wahrscheinlich die Kommunisten und ihre Gefolgsmänner verflüchtigen sich schon an den vitalen Interessen der Arbeiterklasse.

Im übrigen muß natürlich alles getan werden, um der kanakösen Ueberdrückung der Obstschäuferei Einhalt zu tun. Die Lebensmittelpreisverhöhnungen sind in Wirklichkeit die eigentlichen Missetäter.

Bemerkenswert ist, daß sich die Volkswehr in Mannheim gegenüber der immer stärker anwachsenden blühenden Menge außerordentlich tapfer hielt und allmählich die Oberhand gewann.

Ruhe in Mannheim.

Die Nacht zum Sonntag wie auch der Sonntag vormittag sind ruhig verlaufen. Nur vereinzelt fielen hier und da noch einige Schüsse. Militärische Besatzungen sind eingetroffen. Ein amtlicher Bericht über die Vorgänge liegt noch nicht vor. Deshalb kann auch die Zahl der Toten und Verwundeten noch nicht genau angegeben werden.

Aufruf der Freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien.

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei, die Freien Gewerkschaften und die Unabhängigen haben einen gemeinsamen Aufruf erlassen, in welchem die Aufforderung erging, die Ordnungsgewalt in ihrem Bestreben, die Ordnung aufrecht zu erhalten zu unterstützen. Es ist festgestellt, daß die Wänderungen von jungen und unreifen Burden ausgehen und daß sich vor allem die Frauen daran beteiligen haben.

Bauernbündlerische Retirade.

Der „Badische Bauernbund“, das Wochenblatt der gleichnamigen wirtschaftspolitischen Bauernorganisation, hatte in seiner Nummer vom 27. April über den Maifeiertag geschrieben: Es gibt Leute, die am 1. Mai wichtigeres zu tun haben, als besagten Kopanz zu grüßen. Zu diesen Leuten gehören auch die Bauern. Wir betrachten es deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß das Landvolk am 1. Mai seiner gewohnten und in diesem Jahr besonders dringenden Arbeit nachgeht. Damit wird zugleich auf die würdige und einträglichste Weise klar gemacht, daß die Gutmütigkeit der Bauern ihre Grenzen hat, und daß nicht jeder Mumpki, den die Regierung verordnet, einfach mitgemacht wird.

Jetzt erscheint im „Badischen Bauernbund“ folgende Erklärung: In Nr. 17 unseres Blattes wurde Stellung genommen zur Regierungsverordnung über den Maifeiertag. Ich erkläre, daß mit dem Artikel eine Verleumdung der Regierung in feiner Weise beabsichtigt war und nehme, falls eine solche darin gefunden wurde, sie hiermit zurück. Eduard Müller.

Dieser badische Abfall des großen Jansjawers kam mit seiner Aufforderung um Nichtbefolgung einer vom Landtag beschlossenen Verordnung u. G. glimpflich weg. Neben einigen unverständlichen Ausdrücken, die ja bei einer gewissen Sorte Agrariern und ihren Schülern zu den besten Tugenden gehören, die aber niemand ernst nimmt, bedauerte diese Aufforderung zur Nichtbefolgung der Arbeitsruhe am 1. Mai auch eine schwere Kränkung der Gesinnung hunderttausender von Anhängern des Reichstagsdankens. Dieses hätte dem badischen Surrogat preussischer Junferfreude etwas deutlicher begreiflich gemacht gehört.

Zusammentritt des Landtags. Der Landtag wird am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, zu einer Sitzung zusammentreten. Zunächst wird die Vorlage erledigt werden, über die Uebernahme der Bürgerpflicht des Staats für ein Vorleben der Stadt Kehl. Dann wird sich das Haus mit den sozialdemokratischen Interpellationen über die Sozialisierung in Baden und über die Universitätsreform befassen, weiter mit der Zentruminterpellation zur Wohnungsfrage. In den nächsten Tagen wird bekanntlich auch der 5. Nachtrag zum Staatsvoranschlag dem Landtag zugehen, der die Ausgleichsfrage für die Beamten bringt und rasch erledigt werden soll.

o. Ettlingen, 22. Juni. Aktionsausschuss. Wie oben bereits wurde oder soll auch hier ein Aktionsausschuss zur Einigung des Proletariats gegründet werden. Sofern die Einigung der beiden sozialistischen Parteien gelingen sollte, wäre dagegen nichts einzumenden. Wir erfahren aber von Karlsruhe her, daß die Aktionsausschüsse gar nicht diese Aufgabe hätten. Was dann der Aktionsausschuss für einen Wert haben sollte, wird vielen Parteigenossen bei der Richtung unklar sein. Nun waren die Mitglieder der Arbeiterausschüsse auf heute Sonntag morgen eingeladen. Wie immer, fehlte auch da der organische Aufbau. Die Bewegung ging von der Proletenversammlungen des Reichstags aus. Wir wissen nun Bescheid. Der zu wählende Aktionsausschuss will wegen der Lebensmittelpreisverhöhnung der Stadt Ettlingen protestieren. In dieser Beziehung haben die Parteimitglieder ihre Ansicht nicht geäußert. Zudem müßte der Vorsitzende der U.S.P., der die Verammlung einberief und jetzt im engeren Volkerrat sitzt, zur Genüge informiert sein. Es fehlt den Genossen der U.S.P. Stoff und so ist auf diesem Gebiete Gelegenheit geboten, zu ihren Gunsten zu agieren. Uns mutet befremdend an, daß ein Arbeiter, der in Karlsruhe wohnt, das größte radikale Maul in der Verammlung hatte. Die ganze Lebensmittelpreisverhöhnung der Stadt Ettlingen ist doch eine Angelegenheit, die nur in Ettlingen wohnende betrifft. Es ist wirklich tief traurig, daß mancher alte Parteigenosse, der sich auf die andere Seite schlug, nun jeder schlief sich sein Recht hat, sich leithammelnd läßt von Elementen, denen ein Monat von Kriegsausbruch der „Volkswehr“ viel zu radikal war. Warum hat man die Genossen der Mehrheitspartei nicht eingeladen? Warum hat man den Vertreter des Arbeiterausschusses der Reichstagsversammlungen nicht eingeladen? Unter solchen Umständen mutet die Gründung des Aktionsausschusses sehr bedauerlich an.

1. Nastatt, 22. Juni. Am ersten Sonntag des Monats August soll hier eine Erinnerungsfest für die Freiheitskämpfer von 1849 stattfinden, die vor 70 Jahren erschossen wurden. Die Feier soll einen kurzen und einfachen aber würdigen Verlauf nehmen. Wahrscheinlich werden verschiedene Parteiorganisationen Badens durch Abordnungen vertreten sein.

1. Nastatt, 22. Juni. Der hiesige Gemeinderat hat beschlossen, daß den Schülern der hiesigen Gemeinderatschulen auf Antrag Lehrmittelfreiheit gewährt wird. Da die Befreiung von den Lehrmitteln dadurch den Ansehen einer Armenunterstützung verliert, empfehlen wir allen Parteigenossen, von dem Recht der Lehrmittelfreiheit für ihre Kinder weitgehend Gebrauch zu machen. Anträge nimmt Rathschreiber Becker im Rathaus entgegen.

1. Nastatt, 13. Juni. Gestern veranstaltete der Verein „Badische Heimat“ im Lindenaal einen Heimatabend, wobei Herr Professor Günther (Freiburg) einen äußerst lehrreichen Vortrag über Heimatschutz, Bodenschätze und Tierreich hielt. Seinen Ausführungen, die von hohen idealen Zielen geleitet waren und sich hauptsächlich gegen unangebrachte Zerstörungswut der Landbevölkerung und das sinnlose Roden der Jagdgebiete richteten, können wir in allen Teilen nur bestimmen und wollen wir nur hoffen, daß seine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Wernsbach, 18. Juni. Die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G. Filiale Karlsruhe wird in nächster Zeit hier in der Weidstraße 3 eine Filiale eröffnen.

Müllheim, 22. Juni. Der Streit der Angestellten der elektrischen Bahn Müllheim-Badenweiler wurde beendet. Den Streitenden waren die Forderungen bewilligt worden.

Offenburg, 21. Juni. Die Verwendung der dem Kommunalverband Offenburg-Stadt abgelieferten Waren. Der Kriegsküche überwiegen wurden 50 Kilo Kalbfleisch, zur Verpflegung der Kranken 25 Pfund Butter und 119 Eier verwendet, dem städtischen Krankenhaus überwiegen 2 Kalbsköpfe, 8 Kühe und Kalbsleber. 75 Eier sind von der Staatsanwaltschaft wieder freigegeben worden, der Feldhase soll zur Verfügung der Staatsanwaltschaft gehalten werden.

Offenburg, 20. Juni. Von der Volkswehr Offenburg wurden in der Woche vom 8. bis 15. Juni folgende Waren zugebracht: Am 11. 6. wurden dem Wilhelm Fischer von Alm bei Oberkirch abgenommen: ein geschlachtetes Kalb im Gewicht von 100 Pfund, 1 Kalbskopf, 4 Kühe, 1 Feldhase und ein zerlegtes Jagdgewehr. Am 13. 6. wurden dem Kutscher West hier 25 Pfund Butter und 119 Eier abgenommen. Bestimmt für Frau Wrotzlag, Händlerin in Haslach i. R. Am 13. 6. wurde dem Metzgergehilfen Karl Stoll hier ein geschlachtetes Kalb im Gewicht von 100 Pfund abgenommen. Am 14. 6. wurden dem Gustav Zeil von Rundenheim 75 Eier abgenommen. J. will dieselben für einen Anderen mitgeführt haben. Außerdem wurden am 14. 6. dem hiesigen Schlachthof, bezw. der Stadt, Fleischverjüngung aus dem besetzten Gebiet zugeführt 288 Kilo Fleisch zu Gunsten der Allgemeinheit.

Hell-Weierbach, 22. Juni. Am Freitagabend brannte das Wohn- und Oekonomiegebäude des Bieres Rittert nieder. Man vermutet Brandstiftung.

Obstwein aus der Schweiz. In den letzten Jahren hat der Mangel an Obstwein der Milchwirtschaft erheblichen Nachteil getan, da vielfach über das zulässige Maß hinaus Milch zurückgehalten und sie anstelle des fehlenden Haupttrunkes verwendet wurde. Wie wir erfahren, ist deshalb beabsichtigt, in nächster Zeit eine gewisse Menge Obstwein aus der Schweiz einzuführen und sie solchen Gemeinden und Haushalten zur Verfügung zu stellen, die ihrer Ablieferungspflicht an Milch und Butter in befriedigender Weise nachgekommen sind.

Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer. Zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen hat der Rat der Volkswehrbeauftragten am 14. Dezember 1918 eine Verordnung erlassen, wonach die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder war, bis zum 30. Juni 1919 nur mit Einwilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig ist. Da diese Frist demnächst abläuft und die wirtschaftlichen Verhältnisse gegen Dezember 1918 eine wesentliche Besserung nicht erfahren haben, hat der Landesverband der bad. Gewerbes- und Handwerkervereinigungen beim Ministerium der Justiz angefragt, ob eine Verlängerung der obigen Frist in Aussicht gestellt werden könne. Darauf hat das Ministerium der Justiz geantwortet, daß die Verlängerung der Befristung der Verordnung vom 14. Dezember 1918 in Aussicht genommen sei. Wir glauben, daß dieser Bescheid zahlreiche Wünsche befriedigt und dadurch manche Beunruhigung behoben wird.

Frühbruch 1919. Zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung mit Getreide ist es erforderlich, auch im laufenden Jahre aus der neuen Ernte möglichst bald große Getreidemengen zu erfassen. Deshalb soll einer amtlichen Mitteilung zufolge auch in diesem Sommer ein planmäßiger und beschleunigter Ausbruch des frühesten Getreides in bestimmten Bezirken erfolgen. In einer Besprechung des Ministeriums des Innern mit den Landwirtschaftslehrern, den landwirtschaftlichen Organisationen, den Vertretern des Landwirtschaftsamtes und des Reichskommissars für die Kohlenversorgung wurden die Erfordernisse des letzten Jahres ausgetauscht und es wurde dabei festgestellt, daß die Anordnungen sich bewährt haben. Es werden nun alsbald die Maßnahmen zur Durchführung des planmäßigen Frühbruchs vorbereitet werden.

Hauptversammlung der badischen Ärzte. Die ärztliche Landeszentrale für Baden hielt jüngst hier ihre Hauptversammlung ab, die sich vor allem mit dem weiteren Ausbau der Landeszentrale und einigen dafür notwendigen Satzungsänderungen beschäftigte. Es wurde beschlossen, für die völlige Aufhebung der Stanzzeit im ganzen Lande die endgültige Entscheidung der nächsten Hauptversammlung zu überlassen. Weiter sprach sich die Versammlung dahin aus, die voraussichtlich recht schwierige Verhandlung über den Neuaufbau der Krankenversicherung nicht allein dem Vorstand zu überlassen, sondern sie einer besonderen Krankenversicherungs-Kommission zu übertragen. Da die Ernennung des bisherigen Vorsitzenden Dr. Bongartz zum Leiter der Landesgeschäftsstelle die Wahl eines neuen Vorsitzenden nötig machte, wurde Dr. Wegeler-Mannheim hierzu einstimmig gewählt und als Stellvertreter der drei Vorstandsmitglieder die Doktoren Bod-Müllheim, Gaben-Mannheim und Schülein-Weiten.

Die Volkswehr Badens.

In den Tagen der Umwälzung nach dem 9. November 1918, als die staatlichen Polizeiorgane nicht mehr die Kraft hatten, für die Aufrechterhaltung der zivilen Ordnung zu sorgen und ein in der Auflösung begriffenes Heer über den Rhein zurückzuführen, wurden der damaligen vorläufigen Volksregierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit für Privat- und Staatseigentum, die Volkswehren — die später durch die verfassungsmäßig zusammengetretene Volksregierung bestätigt wurden — geschaffen. Die Verschleuderung von Heeresgut aller Art sollte unterbinden, die dunklen Elemente, die sich bei jedem Umsturz hervorwürgen, sollten niedergehalten werden. Der alte militärische Geist, der allgemein unter dem Namen Militarismus bekannt ist, war in den Heimatgarnisonen nicht in der Lage, von sich aus für Sicherheit einzutreten. Das alte System war gestürzt und bei dem allgemeinen Mißtrauen, das den Vertretern dieses Systems, begründet oder unbegründet, entgegen gebracht wurde, mußte und konnte auf deren Mithilfe verzichtet werden. Die ziellos gewordene Garnisonkadestrasa und die jeder Ordnung baren, fluchtartig zurückzuziehenden sich keiner allgemeinen Beliebtheit erfreuenden Truppenformationen, bildeten eher ein Element der Unsicherheit als der Sicherheit. Hier fehlten nun die aus der arbeitenden Bevölkerung gebildeten Volkswehren an. Es war ziemlich Eile geboten und es war deshalb nicht möglich, bei der Einteilung der Volkswehrleute deren moralische Dienstverpflichtung besonders nachzuprüfen. Durch die Einrichtung der neutralen Bataillone wurde j. B. jenseits eines Garnison-Kommandos verlangt, daß zur Abführung militärischer Waffen innerhalb 2 Tagen 1200 Mann zu stellen sind. Mit der Einteilung ruhigerer Verhältnisse konnte an die Auslese gegangen werden, und wurde auch bei sämtlichen badischen Wehren durchgeführt. Kommen trotzdem Verfehlungen Einzelner vor, so kann es nichts Verwerflicheres geben, als darunter die Gesamtheit leiden zu lassen. Der Dienst der Volkswehren wurde infolgedessen immer ausgebelehrt, als neben der Bewachung von Eigentum die Bekämpfung des Schleichhandels einen immer größeren Platz einnahm. Es sind hier anfänglich im Hebereiher Bereich gemacht worden, als durch Volkswehrleute, in ihrem Bestreben gegen den Wucher mit Waren vorzugehen, auch kleine Leute betroffen wurden, die nur der Not gehorchend sogen. Samstagsfahrten unternommen hatten. Dies dürfte wohl aufgehört haben, der ganze Kampf der Volkswehr richtet sich gegen eine bestimmte Klasse der Bevölkerung, die es schon während des Krieges verstanden hat, Hunger und Not ihrer Mitmenschen zu Gunsten ihres Geldbeutels auszunutzen. Alle Bevölkerungsklassen, bei denen man Verständnis für die Lage voraussetzen kann, sollten die Volkswehren in dieser Hinsicht unterstützen.

Der innere Aufbau der Volkswehren in Baden lehnt sich an die Forderung der badischen Demokraten von Anno 48 und 49 und jenen des Erfurter Programms der Sozialdemokratischen Partei an. Gewählte Führer, die neben der Fähigkeit zu führen, das uneingeschränkte Vertrauen ihrer Kameraden besitzen, stehen an der Spitze der Volkswehren und deren Unterabteilungen; auch ohne den jenen, Kadavergehorsam versehen die Mannschaften ihren Dienst. Es kommt immer und immer wieder vor, daß gewisse Mittelstellen es als ihre erste Pflicht ansehen, diejenigen zu schikanieren, die ihre eigentlichen Mitarbeiter in der Unterbreitung des von der Regierung bekämpften Schleichhandels und Warenwuchers sind. Kommt es doch zum Beispiel vor, daß in einzelnen Amtsbezirken an fleischlosen Tagen in den Wirtschaften ungeniert Fleisch ausgegeben werden kann, während es den betreffenden Kommunalarbeitern nur unter den größten Mühen möglich ist, für die Familien die tägliche Nahrung pro Woche aufzutreiben. Hier fehlt es an der Ausführung der von der Regierung erlassenen bindenden Vorschriften, wofür die betreffenden Vorstände verantwortlich gemacht werden müssen; man glaubt da vielleicht durch Nachlässigkeit und Verlassen sich die Günst der Schleichhändler, Schieber, Schwarzschächter und aller Abarten dieser Gesellschaft zu erwerben, weil sie sich auf verschiedenste Art wieder erkundlich zeigen könnten. Hier einzufahren, für die Abstellung der Mißstände besorgt zu sein, den Schiebern und Schleichhändlern das unfaire Handwerk zu legen, das ist Aufgabe der Volkswehren.

Tatsache ist ja, daß die Regierung den ehrlichen und wiederholt betundenen festen Willen hat Ordnung zu schaffen, um dem hungernden Volk das aufkommen zu lassen, was ihm gebührt; aber das Verständnis hierfür fehlt in weiten Kreisen der nachgeordneten Stellen der Bevölkerung vollständig. Hier darf die Regierung vor keinem Mittel zurückfahren. Und sie wird immer der Unterstützung der Volkswehr rufen, die sie mit ganzem Kraften zur Bekämpfung jenes rückwärtslos, wirklich waterlandlosen Gesindels zur Verfügung stellt.

Aus der Partei.

Einigungsbestrebungen als Deklamation für Herbeiführung der Parteiorganisation.

Ein Aufruf des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand sendet uns folgende Erklärung: Die Versuche, das beste Gefüge der Parteiorganisation zu erreichen, werden neuerdings unter dem heuchlerischen Vorwande, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen, betrieben.

In Hamburg hat am 12. Juni „eine Versammlung aller Betriebsräte, Vertrauensleute usw. aller Parteien“ beschlossen, eine geeinte sozialistische — nicht sozialdemokratische — Partei auf der Grundlage der Parteiorganisation zu gründen. Die Betriebsräte sollen die Parteimitglieder betriebsweise sammeln und zunächst einheitslich Marken stellen. Eine Sonderkommission soll vorläufig die Geschäfte der neuen geeinigten Partei führen.

Es ist ein frivoles Spiel, das hier mit der Partei und den Arbeitern getrieben wird. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen wäre geeignet, das Selbstbestimmungsrecht der in der Parteiorganisation zusammengeschlossenen Mitglieder, sowohl einzeln als auch korporativ, völlig aufzugeben. Jeder freie persönliche Entschluß wäre ausgeschlossen. Die Arbeiter in den Betrieben würden unter dem unerträglichen Druck terroristischer Minderheiten gestellt. Der helle Wahnwitz oder noch schlimmeres spricht aus diesem Beschluß, die Lust an der Fortführung jahrzehntelanger Opferreicher und und einigend Wirten zu wollen, durch die Auflösung der Parteiorganisation in Kette, gibt man vor, zur Einheit kommen zu können.

Diesem Treiben müssen unsere Parteigenossen den heftigsten Widerpruch entgegensetzen. Es ist ein verbrecherischer Anfang, der hier betrieben werden soll. Man kann drei Parteien nicht einig sein, indem man eine vierte gründet. Der Parteivorstand der Partei in Bezug auf die Einigung klare Richtlinien gegeben. Wer kein Mitgliedsbuch aus der Hand gibt, wer duldend, daß ein anderer es herausgibt, verflüchtigt sich auf das Schicksal der Partei. Die Arbeiter brauchen die Partei in den kommenden kühnen Zeiten notwendiger denn je. Darum, Genossen, haltet fest an Eurer Organisation!

1. Aufruf, 23. Juni. Heute abend halb 7 Uhr findet im Saale zur Linde eine öffentliche Angelegenheitenversammlung statt, in welcher über die Tarifverträge für Handel und Industrie Beschluß gefaßt werden wird.

Kommunalpolitik.

Stuttgart, 16. Juni. Aus der Gemeinderatsitzung. Der Gemeinderat beschließt, für den städt. landwirtschaftlichen Betrieb einen Aufseher einzustellen. — Der Anschlag des Neubaus der Firma Kunigleberbau G. m. b. H. hier an die städt. Wasserleitung, sowie die Erweiterung der Wasserzuführung zu dem Anwesen der Abwehrverwaltungsstelle wird genehmigt. — Die Miete für die dreiflächigen Gasboiler wird auf 1,15 M und für die zweiflächigen Gasboiler auf 75 s monatlich mit Wirkung vom 1. Juni 1919, erhöht. — Die Stadtgemeinde tritt dem Landesverein Bad. Deimat als Mitglied mit einem Jahresbeitrag bei. — Der Dienst des Leichenmannes wird dem Bahnarbeiter Anton Gerhard übertragen und als dessen Stellvertreter Landwirt Bernhard Voder bestimmt. — Former Wert Mühlstele und Gärtner Josef Felix Groß sind zum Antritt des angeborenen Bürgerrechts zugelassen. — Wahlamtsleiter Karl Warbusch wird gegen Entziehung des festgesetzten Einlaufgeldes als Bürger aufgenommen.

Speilberg, 11. Juni. Zu dem kürzlich erschienenen Bericht schreibt uns Herr Hauptlehrer Wegger: Ich sagte wörtlich: „Ich habe kein Gemwäch nach den Führern, wenn auch die demokratische Idee unter einem Führer hätte verwirklicht werden können, aber Schimpfenamen ihnen nachzugehen halte ich für nicht schön. Sie haben auch Gutes und wertvolles geleistet.“ Außerdem sprach ich mich nicht gegen Sozialisierung aus, sondern nur gegen die wilde Sozialisierung wie sie ganz radikale Leute fordern. Das scheint mir denn doch wesentlich anders zu klingen. Webrigens hatten wir hier die Gepflogenheit (Soz. und Dam.), gemeinsam gegen die Kennerbuben vorzugehen. Der Herr Medner wußte davon erst im Schlusswort ab und traf damit nicht den Nagel auf den Kopf, sondern verschaffte uns 68 Stimmen zur Gemeinderatswahl — von rechts.

Wittgenheim. Die am Sonntag hier stattgefundenen Gemeinderatswahlen brachten der sozialdem. Partei dank der vorhergehenden Aufklärung und Agitation durch die reichste Stimmabgabe aller Genossen ohne eine einzige Ausnahme einen beachtenswerten Erfolg. Sechs Parteien traten zur Entlohnung der Gemeinderäte von den verschiedenen einflussreichen Verwandtschaftlichen Gebild worden. Drei von diesen zeigten sich als Anhänger des Zentrums, zwei als Sonderinteressen zusammen und eine als die Vertreterin des arbeitenden Volkes, der

sozialdemokratischen Partei. Während die eine bürgerliche Partei lauer ausging, konnten wir mit drei Gemeinderäten, trotzdem alle anderen Parteien alles versucht hatten, sie matt zu legen, als Sieger hervorgehen und drei unserer Kandidaten durchbringen. Die sogenannte bürgerliche Partei erhielt zwei Vertreter, während die drei Zentrumsparteien nur je einen der aufgestellten Kandidaten durchbrachten. Diese Wahl zeigte so recht die Wahrheit des alten Wortes: Einigkeit macht stark. Darum auf zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Parteiprogramms, der berechtigten Forderungen der arbeitenden Menschheit.

Oberweier b. Mastatt, 18. Juni. Einen schönen Erfolg erzielte bei den Gemeinderatswahlen die sozialdemokratische Liste, der 4 Vertreter zuzurechnen, während sich das Zentrum mit 2 begnügen mußte. Diese Wahlen liefen, die uns bei den Verhandlungen mehren einer gemeinsamen Liste 2 Sitze zugesprochen worden, haben sich schwer getanzt. Dieses Volksgeschick im Kleinen wird ihnen in Erinnerung bleiben. Es war für uns von vornherein klar, daß wenn die Firma „Register“-Medner und ihre gewaltmächtigen Krabanten mit Mandaten verjagt werden sollten, für uns nicht mehr viel übrig bleiben kann. Deshalb haben wir den Kampf vorgezogen und die schwarzen Allernweltschweifer sind um eine Enttäuschung reicher. Wir wollen ihnen unser Verleiden nicht versagen. Das Ergebnis ist für uns ein recht erfreuliches und es hat sich hier wieder gezeigt, was mit Einigkeit erreicht werden kann. Unsere Anhänger haben sich lobenswert verhalten. Aber jetzt heißt es weiterarbeiten, um die errungenen Erfolge nicht nur festzuhalten, sondern noch zu erweitern. Deshalb kämpft mit frischen Kräften für unsere edle Sache zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung.

Sörden, 17. Juni. Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl erhielten wir 267, das Zentrum 206 Stimmen bei 80prozentiger Wahlbeteiligung. Das Zentrum konnte also seine erhofften 4 Sitze nicht erreichen, trotzdem es in seinem Flugblatt wieder einmal Kirche, Schule und Religion in Gefahr sein ließ, eine verurteilende Spekulation auf diejenigen, die nicht alle werden. Die Wähler werden an ihrem Geldbeutel noch verpirren, daß in der Vergangenheit mehr auf dem Spiele stand, als was man unter Kandidaten andächtig. Vielleicht wird doch noch mancher politisch Blinden sehend.

Gernsbach, 18. Juni. Die Gemeinderatswahlen die am letzten Sonntag stattfanden, brachten einen vollen Erfolg der Kompromißliste gegen die U.S.P. Gewählt wurden wie vorgeschlagen 3 Sozialdemokraten, 8 Demokraten, 3 Zentrumsmitglieder und 1 Deutsch-Nationaler. Ein wesentlicher Teil zu dem Erfolg trug wohl die letzten Freitag hier stattgefundenen öffentlichen Versammlung bei, in der Gen. Stadtrat Dr. Kullmann starkes Referierte. Die U.S.P. hatte sich Herrn Kruse kommen lassen, der es aber nicht fertig brachte, den „guten Sinn“ der Arbeiterpartei Gernsbachs den er genau zu kennen behauptete (woher?) auf seine Meinung zu bringen, denn es war in der Hauptsache die Arbeiterpartei, die zu dem Sieg beigetragen hat. Das Wahlergebnis beweist aber auch, daß der große Teil der Wählerpartei Gernsbachs mit dem Kompromiß einverstanden war, es haben über 70 Prozent Wähler abgestimmt. Unsere Genossen hatten bisher keine Vertretung im Gemeinderat. Im Bürgerauschuss waren es bisher 4, jetzt 13 Vertreter. Als Vertreter unserer Partei ziehen in den Gemeinderat die Genossen M. Eiern, Kaufmann, Fr. Hajner, Medaniter und A. B. Seiliger, Seilenbauer.

Pr. Rotensfeld, 16. Juni. Die letzte Schlacht im diesjährigen Wahlkampf ist geschlagen. Mit Stolz können die Sozialdemokraten von Rotensfeld auf die Wahltag zurückblicken, denn jetzt ist Weiche in eine der Hochburgen desentrums im Mugale gelegt. Bei der am Sonntag, 15. d. M., stattgefundenen Gemeinderatswahl haben die Arbeiter und kleinen Landwirte des hiesigen Ortes gezeigt, daß die Revolution nicht spurlos vorübergegangen ist. Es haben 71 Proz. der Wahlberechtigten gewählt. Von 880 abgegebenen Stimmen entfielen 341 auf das Zentrum, 307 auf Sozialdemokratie, 148 auf die Bürgerlichen und 70 auf Demokraten. Die Sitze verteilten sich: 4 Zentrum, 3 Sozialdemokraten und 1 Bürgerlicher. Dieses Resultat hat hier, wo bis jetzt das Zentrum die Herrschaft hatte, niemand erwartet. Wäre aber auch jeder Arbeiter und kleine Landwirt dafür sorgen, daß bei den nächsten Wahlen Rotensfeld seinem Namen Ehre macht und als roter Fels in dem schwarzen Meer des Ultramontanismus und der Reaktion leuchtet. Damit dies aber möglich ist, müssen sich alle dem sozialdemokratischen Wahlverein anschließen. Dann haben auch unsere Genossen im Gemeinderat eine Stimme und sie können voll und ganz die Sache des Fortschritts vertreten.

Genesheim, 17. Juni. Eine Verwahrung. Von den Genossen des Arbeiterrats wird uns geschrieben: Seit einem Vierteljahr wird hier eifrig das Gerücht in der Gemeinde verbreitet, der Arbeiterrat hätte an die Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen geschrieben, die Söhne der kleinen Bauern aus Genesheim, die auf der Bahn als Motorenarbeiter beschäftigt sind, sollten entlassen und von den Arbeitslosen ersetzt werden. — Wir erklären hiermit auch öffentlich daß diese Behauptung völlig aus der Luft gegriffen ist und nur eine von gewissen Strebern erfundene Verleumdung ist, die den Zweck hat, die Sozialdemokratie zu verächtlich und vom Rathaus fernzubringen. Sollte ohne unser Wissen und Willen an die Generaldirektion oder Bahnmeister ein derartiges Schreiben gegangen sein, so kann das nur eine Fälschung sein.

Es ist allerdings unter den Motorenarbeitern ein Mann, der einem andern Platz machen könnte, es ist der Sohn eines Landwirts, der ging während des Krieges an die Bahn, um reklamieren zu werden der jetzt den Achtundzestag hat und die Feldarbeit nach Feierabend macht. In der Privatindustrie hat man diese Leute entlassen. Die Bahnmeister bedarf sie. Warum? Ueber diesen einzelnen Fall wurde jedoch sowohl in den Mitglieberversammlungen der Sozialdem. Partei wie auch im Arbeiterrat öfter gesprochen und man war immer einmütig der Meinung, daß der Mann einem andern Platz machen könnte, der es nötiger hat. Es wurde aber nicht unternommen, weil den Arbeitslosen nicht viel damit geboten gewesen wäre. Das ist der wahre Sachverhalt; wird die Mär weiterverbreitet, so weisen wir sie als eine verurteilende Verleumdung zurück und werden uns weitere Schritte gegen die Verbreiter der Verleumdung vorbehalten.

Soziale Rundschau.

Der Lohnungsanspruch der Kriegsgefangenen.

Das Kriegsministerium hat neue Richtlinien für die Lohnungsansprüche der Kriegsgefangenen aufgestellt, die eine erfreuliche Milderung früherer Härten in sich bergen. Schematische Erledigung aller Anträge auf Gehalts- und Lohnungsbewilligungen unter Beachtung größtmöglicher Wohlwollens wird als erster Grundsatz verlangt. Dann heißt es wörtlich in Absatz 3 der Richtlinien: „Sämtliche Kriegsgefangenen können jetzt als Hilfsbedürftig im Sinne des Gesetzes vom 20. Novbr. 1916 Nr. 1298 angesehen werden. Bei Anträgen auf Bewilligung von Lohnungsbeträgen zu Gunsten der Kriegsgefangenen selbst ist also lediglich zu prüfen, ob die Angehörigen unter Berücksichtigung der häufig ungunstigen Verhältnisse zur Unterstützung der Kriegsgefangenen in der Lage sind. Eingerichtete Familienangehörigen werden weiter begünstigt, jedoch nur unter Berücksichtigung der dienstverdienlichen Vermögensverhältnisse.“

